

Pressemeldung | Industrieverband Hamburg e.V.

21. November 2025

**Wirtschaft fordert Umsetzung des Reformherbstes – bei der Rente und bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit!
Klares Nein zum Bundestariftreuegesetz – Tarifbindung lässt sich nicht erzwingen!**

**Deindustrialisierung muss gestoppt werden!
Hamburger Zukunftsentscheid darf nicht zum Dolchstoß für Industrie und Arbeitsplätze in Hamburg werden!**

IVH und UVNord geben Konjunkturperspektiven für 2026

Hamburg. Die Jahresveranstaltung „Konjunkturperspektiven 2026“ von UVNord und IVH sowie der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zur konjunkturellen Entwicklung der norddeutschen Wirtschaft im kommenden Jahr fand heute bei der Deutschen Bundesbank in Hamburg statt. Vorträge hielten **Dr. Johannes Hoffmann**, Leiter der Abteilung Internationale und europäische Wirtschaft der **Deutschen Bundesbank** und **Prof. Dr. Stefan Kooths**, Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am **Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW)**. Im Rahmen der Veranstaltung sprachen ebenfalls die Spitzen von UVNord und IVH sowie der Bundesbank Hauptverwaltung Hamburg.

Andreas Pfannenberg, Vorsitzender des Industrieverbands Hamburg (IVH): „Ihr Versprechen, die notwendigen Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige und wachsende Volkswirtschaft zu schaffen, hat die Koalition bislang nicht ausreichend eingelöst. Weder in Hamburg noch in Berlin. Die Hamburger Industrie steht weiter vor massiven Herausforderungen: Überbordende Bürokratie und zu hohe Lasten auf breiter Front, führen zu sehr schwachem Wachstum und fehlenden Investitionen. Erste positive Ansätze hat die Bundesregierung zum Start vorgelegt, aber sie setzt wachstumswirksame Strukturereformen nicht mit der dringend notwendigen Konsequenz um. Die geplanten Investitionen kommen zu langsam und sind nicht transparent genug. Das Vorziehen der Klimaneutralität in Hamburg ist eine schwere Bürde für viele Industriebetriebe in Hamburg und sollte schnell rückgängig gemacht werden.“

Uwe Nebgen, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein hob in seiner Begrüßung hervor: „Wir alle müssen damit leben, dass unser Alltag durch bislang nicht gekannte Unsicherheiten geprägt wird. Beispielsweise ist uns bewusst geworden, wie stark unsere Lieferketten bei einzelnen Rohstoffen oder Vorprodukten von Lieferanten abhängig sind, deren Zuverlässigkeit aus politischen Gründen hinterfragt werden muss. Es ist die Aufgabe von Politik und Unternehmen, derartige Unsicherheiten zu erkennen, um dafür zukunftsgerichtete Antworten zu finden.“

Dr. Philipp Murmann, Präsident UVNord – Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein betonte in seiner Einführung: „In Berlin muss der Reformherbst zügig umgesetzt werden – auch bei der Rente. Die Warnungen junger Abgeordneter sind richtig, aber Verabredetes muss auch eingehalten werden. Die Streitkultur aus der Ampel darf sich nicht in der großen Koalition breit machen. Neben positiven Ansätzen beim Bürokratieabbau, der Planungsbeschleunigung muss jetzt aber auch die vereinbarte Flexibilisierung der Arbeitszeit umgesetzt werden. Es darf keine Rosinenpickerei geben, nach dem Motto: Rente ja, Arbeitszeit zementieren. Vor allem brauchen wir jetzt die großen Reformen, auch unserer sozialen Sicherungssysteme, die Arbeit fördern und das Arbeitsvolumen anheben. Wir müssen die

Fesseln sprengen und benötigen einen nachhaltigen Abbau von Bürokratie und Regulierung. Dies wäre ein wichtiges Zeichen, um die täglich zu beobachtenden Deindustrialisierung zu stoppen. Zudem gehört die Taxonomie eingestampft. Sie war wahrscheinlich der größte Fehler Brüssels. Und in Hamburg muss jede Initiative unterstützt werden, auch in der Bürgerschaft, die verhindert, dass eine Erosion Industrieller Wertschöpfung und Arbeitsplätze folgt. Wir unterstützen ganz klar den Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion zur Aufhebung des sog. Zukunftsentscheids. Wir brauchen in der Stadt eine Klimapolitik, nicht nur mit sozialer Gerechtigkeit, sondern auch mit Augenmaß.“

Dr. Johannes Hoffmann, Leiter der Abteilung für internationale Wirtschaftsentwicklung bei der Bundesbank erörtert die internationalen Konjunkturperspektiven:

„Trotz der Eskalation der Handelsauseinandersetzungen hielt sich die Weltwirtschaft bislang recht gut. Und auch die Aussichten für die nächsten Monate scheinen nicht schlecht. Die regelbasierte Welthandelsordnung hat aber erheblich Schaden genommen. Darüber hinaus warten viele weitere Probleme wie die vielerorts hohe Staatsverschuldung, das in vielen Ländern schwache Produktivitätswachstum und die Klimaveränderung auf eine Lösung.“

Prof. Dr. Stefan Kooths, Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW), betonte in seinem Expertenvortrag:

„Die Finanzpolitik öffnet die Schleusen, eine standortstärkende Agenda steht aber weiterhin aus. Höhere Staatsdefizite regen die Wirtschaftsleistung nur kurzfristig an, ohne die Wachstumsschwäche zu überwinden. Der Ausblick auf 2026 bietet daher der Wirtschaftspolitik keinerlei Anlass, sich bestätigt zu fühlen. Im Gegenteil: Ohne durchgreifende Strukturreformen drohen sogar die Konjunkturreffekte zu versanden.“